Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75 unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 239. | Dresden, Freitag den 14. Oktober 1910. | 21. Jahrg.

Pillnitzer Fleischnot.

Die Sächsische Zentral-Korrespondenz verbreitet eine Aeußerung des Königs Friedrich August über die gegenwärtige Fleischteuerung, die aus „authentischer Quelle" herrühren soll. Am letzten Montag fand im Pillnitzer Schloß eine Tafel statt, an der neben den Ministern und verschiedenen Großindustriellen, deren Etablissements der König auf seiner letzten Landesreise besucht hat, auch Mitglieder städtischer Ausschüsse, so auch des Schlachthof-Ausschusses, geladen waren. Mit den Herren des letzteren Ausschusses, Mitgliedern der Dresdner Fleischerinnung und der Leitung des neuen städtischen Schlacht- und Viehhofs, kam Friedrich August ins Gespräch und dabei äußerte er sich über die gegenwärtige Fleischteuerung. Die genannte Korrespondenz weiß nun folgendes von diesen Aeußerungen zu vermelden:

„Er bemerkte, er wisse sehr wohl, daß das Volk unter der Fleischteuerung leide und bedauere dies um so mehr, als ja auch sonst eine allgemeine Teuerung herrsche. „Es ist eben alles teurer geworden," sagte der König, „ich merke das ebenso gut! Ich und meine Regierung würden ja gern Abhilfe schaffen, aber es wird sich schwer tun lassen! Um die Fleischteuerung aus der Welt zu schaffen, ist von verschiedenen Seiten vorgeschlagen worden, die Landesgrenzen behufs vermehrter Einfuhr von Schlachtvieh aus anderen Ländern zu öffnen. Es ist aber in anderen Ländern auch kaum noch Vieh vorhanden, so daß die Oeffnung der Grenzen nur wenig nützen würde. Leider ist aber an eine solche Maßnahme auch gar nicht zu denken, da sie mehr Schaden als Nutzen bringen würde. Das ist meine und meiner Regierung Ansicht. Wir können unsere Landwirtschaft nicht der großen Gefahr der Einschleppung von Viehseuchen aussetzen, die dann bei uneingeschränkter Oeffnung der Landesgrenzen entstehen würde. Wie gesagt, ich bedauere die Fleischteuerung lebhaft, sehe aber gar keinen Weg, wie ihr abgeholfen werden könnte. Ich wünsche zuversichtlich, daß bald eine anhaltende Besserung eintreten möge."

Diese Meldung klingt recht glaubwürdig. So ungefähr kann eine Persönlichkeit wohl gesprochen haben, die nicht verpflichtet ist, wirtschaftspolitische Probleme gründlich und in ihren Zusammenhängen zu erforschen, die sich damit begnügen muß, sich von ihrer Umgebung einige Meinungen über solche Fragen bilden zu lassen. Gleichwohl sind die Aeußerungen recht interessant; nicht weil sie gerade dieser Einzelne getan hat, sondern weil sie die in den leitenden Kreisen Sachsens vorherrschenden grundverkehrten agrarischen Anschauungen recht deutlich bekunden.

Es sind die üblichen konservativ-agrarischen „Berichte", wie der König vorgetragen hat. Er hat wieder einmal die Tatsache klassisch bestätigt, wie sehr das Industrie- und Handelsland Sachsen von agrarischen Ideen und Einflüssen beherrscht ist. Die Frage der Fleischnot ist ganz und gar unter den einseitigen und interessierten Anschauungen der Grundbesitzerklasse aufgefaßt.

Erst wird gesagt, in anderen Ländern sei auch kaum noch Vieh vorhanden, so daß die Oeffnung der Grenzen nur wenig nützen würde. Da ist Friedrich August sehr ungenügend unterrichtet. Dänemark, Holland, die Schweiz, Amerika könnten uns große Mengen Schlachtvieh und geschlachtetes Fleisch zur Verfügung stellen. Aber, sagt der Pillnitzer Schloßherr weiter, auch das wenige, was uns das Ausland noch geben könnte, dürfe nicht hereingelassen werden wegen der Gefahr der Einschleppung von Viehseuchen bei uneingeschränkter Oeffnung der Landesgrenzen. Wir wissen nicht, ob die Vertreter der Dresdner Fleischerschaft und der Schlachthofverwaltung Gelegenheit hatten, dem König auf diese Aeußerungen zu erwidern. War es der Fall, so dürften sie ihm bedeutet haben, daß von einer „uneingeschränkten Oeffnung" überhaupt keine Rede ist, daß sanitäre Maßnahmen nicht durch unsinnige Uebertreibung zum bloßen Vorwand für Grenzsperre und agrarische Preissteigerungswünsche werden dürfen, daß auch zwischen der angeblichen Angst der Agrarier vor Verseuchung und der Behauptung, das Ausland könne überhaupt wenig Vieh an uns abgeben, ein seltsamer Widerspruch besteht und so weiter.

Vor allem aber ist es für die sächsische Bevölkerung recht erbaulich, zu erfahren, daß die Fleisch- und Lebensmittelteuerung auch bereits die königlichen Schlösser und Festtafeln schwer heimsucht. Friedrich August gab zu, daß eine allgemeine Teuerung besteht, und er setzte hinzu: „ich merke das ebenso gut." Was wird der Landwirtschaftsminister von Preußen dazu sagen, der jüngst erklärte, es dürfe gegenwärtig von Fleischnot nicht gesprochen werden und es sei eine falsche Behauptung, zu sagen, die Fleischversorgung der arbeitenden Bevölkerung sei in Frage gestellt. Da muß man sagen, Friedrich August hat in dieser Hinsicht den mächtigen preußischen Landwirtschaftsminister gehörig abgetrumpft. Die Fleischnot, gesteht der König zu, ist groß. Sie ist sogar so groß, daß man es in der königlichen Hofhaltung bemerkt! Hoffentlich haben die zur Tafel in Pillnitz gezogenen Gäste nicht allzu sehr unter dieser Fleischnot leiden müssen.

Wenn man aber selbst in Königsschlössern etwas von der Not der Zeit bemerkt — hat dann der König vielleicht versucht, sich eine Vorstellung zu machen von den Zuständen, die in den unbemittelten Volkskreisen herrschen?

Der König bedauert die Fleischteuerung, jedoch „ich sehe gar keinen Weg, wie ihr abgeholfen werden könnte". Schließlich aber — Ende gut, alles gut — wünscht er zuversichtlich, daß bald eine anhaltende Besserung eintreten möge. Diese Ausführungen sind wohl das Merkwürdigste an der Pillnitzer Fleischnotrede des sächsischen Königs. Wie mag er sich denn nun die weitere Entwicklung der Teuerungsfrage eigentlich denken? Er selbst sieht keinen Weg zur Abhilfe. Er, ein König „von Gottes Gnaden" und nach der Auffassung Wilhelms II. auch ein „auserwähltes Instrument des Himmels", bekennt, daß er außerstande sei, zu bewirken, daß das Pfund Schweinefleisch auch nur um 5 Pfennig billiger werde! Und doch wünscht er zuversichtlich, daß es bald anders werde. Ja, wie soll es denn geschehen?

Der arme gute Sachsenkönig ist in einer bedauernswerten Lage. Er sieht die Not des Landes, er bedauert sie lebhaft, aber er kann absolut nichts zur Abhilfe tun. Das ist ja eine ganz schrecklich traurige Geschichte! Der arme gute Sachsenkönig!

Uebrigens hat die große Masse des sächsischen Volkes längst die Vorstellung aufgegeben, als könne ihren Lebensnöten von Pillnitzer Festtafeln und von der Weisheit der Regierungsmänner Abhilfe kommen. Das sächsische Volk muß und wird sich selbst helfen. Es muß in gewaltigem Kampf die agrarische Raubritterklasse mit ihrer wucherischen Zoll- und Grenzsperrpolitik zu Paaren treiben.

Dadurch erfüllt dann das Volk auch den Wunsch des Königs, daß eine anhaltende Besserung eintreten möge, denn er selbst zu erfüllen sich außerstande sieht. So brave Landeskinder sind wir Sachsen, daß wir dem König jeden Wunsch von den Augen ablesen.

Zum Kampf der französischen Eisenbahner.

Von unserem Korrespondenten.

pc. Paris, 12. Oktober.

Der gewaltige Kampf, der um Verbesserung der Lebensbedingungen der Eisenbahnproletarier entbrannte, wird immer mehr zu einem verheerenden Proteststreik gegen die Verwendung der Armee und staatlicher Hilfskräfte im Dienste einer Handvoll Kapitalisten. Ebenso hat die Art, wie die Regierung und die Nordbahngesellschaft die Bewegung der Arbeiter vor der öffentlichen Meinung bloßzustellen sucht, eine ungeheure Erbitterung unter den Angestellten aller Bahnen hervorgerufen, besonders Briands Bestreben, den Streik von Anfang an als einen politisch-revolutionären hinzustellen. Diese beispiellose Skrupellosigkeit des Ministerpräsidenten erhält noch dadurch ihr besonderes Relief, daß sich die Eisenbahner sehr wohl erinnern, daß niemand anders als Aristide Briand es war, der vor Jahren als einer der ersten die Eisenbahnarbeiter zum Kampfe gegen die Gesellschaften aufgefordert hatte, und zwar in demselben Saal, in dem vor zwei Tagen der Streik der Nordbahnarbeiter beschlossen wurde. Wenn Briand sich nun sofort am ersten Tag zu den schärfsten Mitteln entschlossen hat, die ihm die Militärgesetze erlauben, so zeigt das, wie er seine „Friedenspolitik", die er wieder auf einem großen Bankett der Industriellen ausposaunte, den Arbeitern gegenüber betätigen wird. Selbst ein bürgerliches Blatt, der combistische Rappel, weist darauf hin, indem es wörtlich schreibt: „Was ist das für eine trostlose Situation für eine Regierung, die, in der Furcht, nicht die ganze Demokratie hinter sich zu haben, auf die ersten Befehle von Rechts die verzweifeltsten Mittel anwendet?" Der Rappel ist jedoch das

Briefe aus dem Orient.

I.

Wenn man mit der Eisenbahn Semlin, dem österreichischen Vorort sich nähert, erblickt man auf dem anderen Ufer der Donau, an der Mündung der Save, ganz nah, gleichsam mit den Händen greifbar, die serbische Hauptstadt. Belgrad, „die weiße Stadt", liegt an der Sonnenseite, frei und offen, seinem Gegenüber sichtbar bis in das kleinste Gäßchen, friedlich und arglos, wie ein Kind und man kann sich kaum denken, daß erst vor zwei Jahren man nahe daran war, Festungsgeschütze auffahren zu lassen, um dieses weißschimmernde Idyll zu zerstören! Im Falle eines Krieges müßte Belgrad sofort geräumt werden, aber es wäre von Oesterreich zusammengeschossen worden. Man ist sich darüber in Serbien durchaus klar. Belgrad ist aber nicht bloß die Hauptstadt, es ist die einzige größere Stadt Serbiens, das kommerzielle, industrielle und kulturelle Zentrum. Der Krieg würde also für Serbien mit der Preisgabe des Handels und der Industrie dem Rückzug in die Berge und Wälder beginnen. Die erste Wirkung des Krieges wäre der Rückfall in das Barbarentum, und doch sind es gerade die serbischen Intellektuellen, die die Wortführer des Krieges waren und noch geblieben sind. Denn die Kriegsstimmung in Serbien ist noch immer stark. Serbien ist gezähmt, aber nicht bekehrt. Dies der allgemeine Eindruck, den ich bis jetzt empfangen habe.

Ich habe mich zuerst an die Vertreter unserer serbischen Bruderpartei gewendet und fand ein herzliches kameradschaftliches Entgegenkommen, das mir unvergeßlich bleiben wird. Das geistige Band des Sozialismus bewirkte es, daß ich mich in diesen Kreisen von der ersten Stunde an heimisch fühlte. Wir wußten, daß wir den gleichen großen Kampf der Arbeiter kämpfen, das gleiche große Interesse zu vertreten haben, das brachte uns in unserer Denk- und Gefühlsweise nahe genug. Besonders die Genossen Tucowitsch und Lapcewitsch scheuten keine Mühe und Zeit, um mir die gewünschten Informationen und Verbindungen zu verschaffen. Durch ihre Vermittlung trat ich in Berührung mit gegenwärtigen und früheren Mitgliedern des Ministerkabinetts, auch mit dem Ministerpräsidenten Paschitsch, mit Vertretern der Banken, der Industrie und des Handwerks, und führte mit ihnen stundenlange Besprechungen. Von diesen vor allem von allen offiziellen Persönlichkeiten, wird es bestritten von anderen dagegen zugegeben, daß der russische Einfluß den Nationalpatriotismus förderte. Die serbischen Zeitungen berichteten von russischen Regimentern, die bereits an die galizische Grenze marschierten; vertraulich wurden aus Regierungskreisen Gerüchte verbreitet, daß Rußland Versprechungen an Serbien gemacht habe. Das stimmt ja auch mit der damaligen Haltung der russischen offiziösen Presse überein und mit der Diplomatie des Zarentums bis zu dem Augenblick, wo die bekannte schroffe Wendung bezw. der Zusammenbruch eintrat. Doch wird von allen, auch von unseren Genossen versichert, daß eine Massenbewegung bestand, die die leitenden Personen — einzelne Mitglieder der Regierung und auch das Offizierkorps waren gegen den Krieg — niederzurennen drohte. Der Vorwurf gegen die russische Diplomatie wäre demnach der, daß sie in der kritischen Zeit in einer gewissenlosen Weise die nationalistische Erregung schürte, die beinah einen Weltkrieg entfesselte. Die zarische Diplomatie hat ein nur viel zu leichtes Spiel in Serbien.

Fragt man nach den inneren Gründen der Volksstimmung, so stößt man vor allem auf ein großes Mißtrauen gegen Oesterreich. Es wird allen Ernstes behauptet, Oesterreich gehe darauf hinaus, Serbien zu annektieren. Der Gedanke erscheint der Oeffentlichkeit, besonders in Deutschland wo man die Vorgänge auf dem Balkan noch immer in der Perspektive „dort weit hinten in der Türkei" betrachtet, durchaus fremd. Den Leuten hier gehen aber diese Dinge sehr nahe an; sie übertreiben deshalb leicht nach der anderen Seite. Auch legt man hier ein ganz besonders politisches Gewicht auf Privatäußerungen regierender Persönlichkeiten. So wird eine angebliche Aeußerung des Kaisers Wilhem II. kolportiert: „wir müssen über Serbien hinweg." Auf den Vorhalt, daß doch die Politik in parlamentarischen Ländern nicht von einzelnen Persönlichkeiten gemacht werde, wird entgegnet, daß man den Einfluß der Völker in der auswärtigen Politik sehr wenig zu merken bekomme. Unbedingt würde ein stärkeres politisches Hervortreten der Volksmassen in den Großstaaten schon durch diese Tatsache allein beschwichtigend auf die Gemüter in den kleinen Ländern wirken.

Die Forderung der nationalen Einigung Serbiens wird in allen Tonarten erörtert. Es gibt hier Nationalisten, die als Geschäftsleute einen durchaus nüchternen Verstand entwickeln, aber in der Frage der Einigung aller Serben überhaupt mit keinen Schwierigkeiten rechnen wollen. Mit rollenden Augen und stockender Stimme rufen sie ihre Argumente aus und überschreien die ihnen unbequemen Tatsachen. Diese Gemütspolitiker laufen leicht die Gefahr, die Arbeit des von ihnen so sehr gehaßten Oesterreich zu besorgen. Denn die nationale Einigung der Serben läßt sich ebensowohl als Angliederung Bosniens an Serbien wie umgekehrt denken. Auch diese Eventualität wird keineswegs schlechtweg zurückgewiesen, sondern ernstlich in Erwägung gezogen. Die Analogie mit den Buren, die nach dem verlorenen Krieg unter Englands Herrschaft zur Einigung gelangten, liegt ja sehr nahe. Als Gegenargument wird die Wirtschaft Oesterreichs in Bosnien und Kroatien, über die horrende Sachen erzählt werden, angeführt. „Einem demokratischen Oesterreich gegenüber — so heißt es —, das die Entwicklung der einzelnen Nationen sichern würde, wäre unser Verhalten ein anderes." Am häufigsten aber zieht man sich darauf zurück, daß Serbien einen Ausgang zum Meere brauche. Der serbische Seehafen läßt die Ideen der sprachlichen, kulturellen Einheit, der gemeinsamen Geschichte der Nation verschwinden und die Menschen werden preisgegeben, wenn nur die Möglichkeit winkt, das serbische Vieh auf serbischen Dampfern zu verfrachten. Um dieses Interesse zu begreifen, muß man sich die wirtschaftliche Entwicklung Serbiens in den letzten Jahrzehnten vergegenwärtigen.

In dem Unabhängigkeitskrieg hat das serbische Bauerntum mit der Feudalherrschaft aufgeräumt und sich in den Besitz des Grund und Bodens gesetzt. Seitdem trat eine starke Bodenzersplitterung ein. Die Mehrzahl besitzt fünf Hektar und weniger. Das bedeutet bei der relativ geringen Anbaufläche und den Ernteerträgen, die kaum die Hälfte des deutschen Durchschnitts erreichen, eine Parzellenkultur. Auf anderer Seite findet — wie allgemein betont wird, ein Landkataster fehlt — eine bedeutende Erweiterung des Großgrundbesitzes statt. Eine Einschränkung der Rindviehzucht wurde schon für die Periode 1900/05, also noch vor dem Zollkrieg mit Oesterreich, statistisch festgestellt. Es wächst die Zahl der Bauern, die kein Vieh besitzen. Es wächst die proletarische Masse, die, da sie keinen Abzug nach der Industrie findet als Paupers, als Lumpenproletarier vegetiert. Die Kleinbauern kämpfen um ihre Existenz, und da keine Landfrage mehr zu lösen ist, geraten sie in eine desperate Stimmung. Das ist die Masse, die man leicht zu politischen Abenteuern hinreißen kann: heute für den Nationalismus, morgen vielleicht — obwohl das im Hinblick auf den demokratischen Sinn des serbischen Bauern bestritten wird — für den Zäsarismus.

Der Kapitalismus kam nach Serbien aus Oesterreich. Bis 1905 gab sich Oesterreich alle Mühe, Serbien wirtschaftlich an sich zu fesseln. Auch darin werden Annektionsgelüste erblickt. Die meiste soziale Zersetzung brachte aber nicht der österreichische Handel, sondern die Entwicklung des serbischen Staats. Genosse Lapcewitsch hat ausgerechnet, daß die Steuer- und Militärbelastung in Serbien weit größer ist, als in den Großstaaten Europas. Mit dem Staatsbudget und der Staatsschuld wuchs auch das serbische „nationale Kapital" heran. Man zeigt hier auf die Leute mit den Fingern: der eine bereicherte sich an der Pachtung des Tabakmonopols, der andere an Armeelieferungen, und solcher sind viele, noch andere haben einfach aus dem Staatssäckel gestohlen, oder sich bestechen lassen.

Gegenwärtig soll es in Belgrad an die 200 Millionäre geben. Politik und Geschäft gehen hier zusammen. Man ist heute Minister, morgen Bankdirektor, oder man war es, oder man ist es zugleich. Die Entwicklung des Agrarhandels mußte zur Entwicklung des Landkredits führen, nur daß anstelle des Dorfwucherers „die Bank" trat; solcher Banken werden in dem kleinen Serbien über 160 gezählt. Selbstverständlich bildete sich auch eine Schicht Großhändler.

Es gelang dem österreichischen Handel nicht, seine herrschende Stellung in Serbien aufrecht zu erhalten. Er mußte sich in der Einfuhr nach Serbien immer mehr mit den anderen Industriestaaten teilen, während er die serbische Ausfuhr allerdings bis 1905, bis zum

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101014/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG